

Geschichte/Klestil/Regierung/Schüssel/Dokumentation/Hintergrund

### Dokumentation: Schlagabtausch Klestil - Schüssel BILD

Utl.: Erklärung vom 8. Mai, Rede vor dem Gemeindetag am 7. Juni,  
Festakt RZB gestern: Klestil warnt vor Polarisierung =

-----  
-- Diese Meldung wurde korrigiert --  
-- Neufassung in Meldung APA0157 vom 11.06 --  
-----

Wien (APA) - Bundespräsident Thomas Klestil warnt die Bundesregierung vor Polarisierung und Lagerdenken - nicht erst seit Montagabend, im Rahmen des Festaktes der Raiffeisen-Zentralbank. Bereits im Mai und vergangene Woche, vor dem Gemeindetag in Innsbruck, sprach der Bundespräsident Warnungen aus. Bundeskanzler Wolfgang Schüssel (V) erwiderte gestern, sichtlich verärgert, und wies Klestils Vergleich mit politisch schwierigen Zeiten in Österreich, im Jahr 1927, deutlich zurück. Nachfolgend die wörtlichen Zitate.

8. Mai - Erklärung der Presseabteilung der Präsidentschaftskanzlei: "Der Bundespräsident bedauert, dass es in den letzten Jahren zu einer gesellschaftspolitischen Radikalisierung gekommen ist und bedauerlicherweise die undifferenzierte Lager-Mentalität überhand genommen hat: 'Die Basis in einer funktionierenden Demokratie ist die Toleranz gegenüber Andersdenkenden und der Verzicht auf ein Schwarz/Weiß-Denken.' Er habe seit seinem Amtsantritt immer wieder auf die Gefahren der Radikalisierung der Sprache hingewiesen, betonte Thomas Klestil: 'Ich bedaure, dass wir zuletzt eine Eskalation erlebten, die zu einer verstärkten Polarisierung in unserer Gesellschaft geführt hat'."

7. Juni - Klestil vor dem Gemeindetag in Innsbruck: "Ich werde nicht müde, zu wiederholen, dass mir der Stil des Umganges, den oftmals die Politiker miteinander pflegen und der auf die allgemeine Atmosphäre im Lande abfärbt, nicht gefällt. Verschiedene Meinungen zu haben ist gut - sie äußern zu können, gehört zum Wesen einer Demokratie. Aber derjenige, der eine andere Meinung hat, ist noch lange kein Feind. Ich sehe gegenwärtig in unserem Land mit Besorgnis Zeichen für eine wachsende Polarisierung. Ein politisches Lager-Denken wird stärker, obwohl es längst totgeglaubt schien. Und es scheint, man steht sich in Blöcken gegenüber, was in keiner Weise der Pluralität unserer offenen Gesellschaft entspricht."

10. Juni - Festakt Raiffeisen-Zentralbank - Manuskript der Klestil-Rede: "Angesichts der Zeichen für eine Polarisierung in unserem Land warne ich vor einem politischen Lagerdenken, das in keiner Weise der Pluralität unserer offenen Gesellschaft entspricht. Wir müssen vielmehr alle Möglichkeiten künftiger Zusammenarbeit offenhalten, wollen wir nicht die Staatsbürger schon im vorhinein entmündigen. Auch hier gilt, dass die demokratische Breite und Vielfalt in unserer politischen Landschaft ausgelotet werden muss."

Das Manuskript wurde einige Stunden später geändert. Klestil erklärte während des Festaktes wörtlich: "Im Juli des Jahres 1927 brannte der Justizpalast, die Exekutive schoss auf Demonstranten, es gab 200.000 Arbeitslose, eine Viertelmillion Menschen war ausgesteuert, was bedeutete, dass sie auf die öffentliche Fürsorge angewiesen waren, politisches Lagerdenken hatte damals und hat zu keiner Zeit Vorteile für unser Land gebracht. Ich erwähne das, um daran zu erinnern welches Umfeld damals in den ersten Jahren der Raiffeisen Zentralbank bestanden hat."

Bundeskanzler Schüssel nahm in seiner Rede sichtlich Bezug auf Klestils Manuskript, weil er seine Rede vor dem Bundespräsidenten hielt: "Das Jahr 1927 war ein dramatisches Jahr, kein Mensch käme heute auf die Idee, diese Jahre überhaupt miteinander zu vergleichen. Das Jahr 1927, ein Jahr in dem der Justizpalast gebrannt hat, ein Jahr in dem es Arbeitslose gegeben hat und heute eine blühende Republik, die den 1,3 Mill. Menschen Arbeit gibt, wo sozialer Friede herrscht".

(Schluss) si/lm/sm

*Kommunales/NLK/Gemeindetag/Knotzer*

**Knotzer beim 49. Österreichischen Gemeindetag in Innsbruck:**

Utl.: Gemeinden als Wirtschaftsfaktor immer wichtiger=

St.Pölten (NLK) - "Gemeinden gewinnen als Wirtschaftsfaktor und Drehscheibe für Initiativen im Bereich Tourismus, Kultur, Freizeit und sozialer Daseinsvorsorge eine immer größere Bedeutung. Leider wurde im Gegenzug der finanzielle Spielraum der Kommunen eingengt. Viele zusätzlich den Gemeinden überantwortete Aufgaben blieben ohne Gegenleistung. Dies ist wohl eines der belastendsten Probleme der Gemeinden in den kommenden Jahren, die gelöst gehören", sagte heute der Gemeindeferent der NÖ Landesregierung, Landesrat Fritz Knotzer, der als Vertreter des Landes Niederösterreich am 49. Österreichischen Gemeindetag in Innsbruck teilnimmt.

Immer wichtiger wird die Rolle der Gemeinden als Wirtschaftsfaktor. Während der Bund seine Investitionen zurückschraubt, haben die Gemeinden trotz Sparzwängen ihre Investitionstätigkeit beibehalten. "Wenn eine Schule, ein Kindergarten, eine Kulturhalle oder ein Hallenbad einfach in die Jahre gekommen ist bzw. ein Neubedarf gegeben ist, so kann sich die Gemeinde dieser Investition sicher nicht so leicht verschließen wie der Bund bei einer neuen Autobahn", meinte Knotzer. "Die Gemeinden sichern mit ihren Investitionen die Lebensqualität und die Daseinsversorgung der Menschen. Hier würde Sparen und Kürzen nur zu Lasten der Menschen gehen."

Der niederösterreichische Gemeindeferent zeigt sich auch skeptisch gegenüber Privatisierungen in Bereichen wie Wasserversorgung sowie Abwasser- und Müllentsorgung. "Es gibt sicher interessante Möglichkeiten der Kooperation mit privaten, aber die Letztentscheidung muss bei den Kommunen bleiben", argumentierte Knotzer. "Mir ist ein kommunales Monopol, das seine Entscheidungen vor Ort trifft, das sich bei den Gemeinderatswahlen regelmäßig den Bürgern zu stellen hat und damit ihrer Kontrolle untersteht, wesentlich sympathischer als ein privates Monopol, dessen Manager weitab vom Schuss sitzen, womöglich im Ausland, und nur an den Gewinnen interessiert sind." Knotzer legte auch ein klares Bekenntnis zu kommunalem Eigentum, etwa an Wäldern und Seen, ab: "Der Chancengleichheit des Zugangs zur Natur und der Bürgernähe ist damit besser gedient als durch den Verkauf an Private. Unsere Wälder, die Wasserreserven und Quellen sowie unsere Seen müssen im öffentlichen Eigentum und damit im öffentlichen Zugang bleiben."

Die Stärkung der Gemeinden ist eine nationale Aufgabe. In Niederösterreich ist es gelungen, im Rahmen einer Finanzsonderaktion den Volkszählungsverlierern zu helfen. Der Härteausgleich für die Verlierergemeinden der Volkszählung 2001 betrifft 170 niederösterreichische Kommunen. Hier ist die Einwohnerzahl gegenüber 1991 zurückgegangen. 106 von den 170 Gemeinden zählen zu den "doppelten Verlierern", nämlich durch die geringere Einwohnerzahl und durch die "Kopfquote", die dazu führt, dass diese Kommunen weniger Förderungen pro Einwohner bekommen. "Insgesamt 3,64 Millionen Euro wurden für diese Aktion flüssig gemacht", so Knotzer.

"Österreich kann mit seiner föderalen Struktur auf die Leistungen seiner Gemeinden nicht verzichten. Sie sind gelebte Bürgernähe der Verwaltung, bilden das Rückgrat des Tourismus, spielen bei Standortüberlegungen eine wichtige Rolle und sorgen mit verschiedensten Sozial- und Freizeiteinrichtungen für das Wohlergehen der Bevölkerung", führte Knotzer ins Treffen. "Die Gemeinden sorgen für den Neu- und Ausbau der Infrastruktur, den Wohnbau und kümmern sich um den kulturellen Bereich durch die Erhaltung historischer Ortskerne und Einzelbauten, die Organisation von Veranstaltungen, die Führung von Museen und dergleichen. Alles das und vieles mehr muss uns auch etwas wert sein", so Knotzer abschließend.

Rückfragehinweis: Niederösterreichische Landesregierung

Pressestelle  
Tel.: 02742/9005-12312

\*\*\* OTS-ORIGINALTEXT UNTER AUSSCHLIESSLICHER INHALTLICHER VERANTWORTUNG DES AUSENDERS \*\*\*

OTS0206 2002-06-07/14:10

071410 Jun 02

---

APA0337 5 II 0232

Fr, 07.Jun 2002

Gemeindebund/Kommunal/Klestil/Tirol

### **Klestil warnt bei Gemeindetag in Tirol vor Polarisierung**

Utl.: Gemeinden nicht unter Vorwand der Europäisierung schwächen =

Innsbruck (APA) - Gegen eine wachsende Polarisierung und ein politisches Lagerdenken im Lande hat sich Bundespräsident Thomas Klestil beim 49. Österreichischen Gemeindetag am Freitag in Innsbruck ausgesprochen. Es wäre wünschenswert, anstelle von Spekulationen über Wahltermine und mögliche Koalitionen die Zeit und die Kraft für Arbeiten zum Wohle der Bevölkerung zu nutzen, und das bis zum Wahltag - "wann immer der sein wird".

Es scheine so, als ob man sich in Blöcken gegenüber stehe, kritisierte der Bundespräsident. Dies entspreche in keiner Weise der Pluralität einer offenen Gesellschaft. Es sei notwendig, "alle Kombinationen und Möglichkeiten künftiger Zusammenarbeit offen" zu lassen und die Staatsbürger nicht bereits im Vorhinein zu entmündigen. Auch müsse die demokratische Breite und Vielfalt in unserer politischen Landschaft ausgelotet werden.

"Wir brauchen vor allem starke, autonome Gemeinden, die Ansprechpartner der Menschen sind", betonte Klestil. Rathäuser und Gemeindeämter bezeichnete er als "Seismographen des Volkswillens". Eine Verlagerung von Kompetenzen von unten nach oben dürfe nie dazu führen, die Gemeinden zu schwächen, "auch nicht unter dem Vorwand der Europäisierung".

Wichtig sei eine Erhaltung der "demokratischen Breite" bei der Gestaltung der Verwaltung. Gerade in den österreichischen Gemeindeparlamenten und Rathäusern existiere ein "buntes Mosaik von politischen Koalitionen, Formen der Zusammenarbeit und wechselnden Allianzen". So seien die Gemeinden auch in dieser Hinsicht ein Vorbild für andere Ebenen der Politik. Hier stehe zu seinem, Klestils, Bedauern in letzter Zeit oftmals die Konfrontation statt der Kooperation im Vordergrund.  
(Schluss) fie/gr/ws

APA0337 2002-06-07/12:48

071248 Jun 02

---

OTS0164 5 II 0454 NVP003 WI

Fr, 07.Jun 2002

ÖVP/Tirol/Gemeindetag/Schüssel

### **Schüssel: Spielraum für Steuerreform mit Doppelstrategie erkämpfen**

Utl.: Wachstums- und Ausgabenstrategie nötig - einzelne EU-Beitrittskandidaten aufnehmen - am ausgeglichenen Budget festhalten =

Innsbruck, 7. Juni 2002 (ÖVP-PD) Bundeskanzler Dr. Wolfgang Schüssel sprach sich heute, Freitag, beim 49. Österreichischen Gemeindetag in Tirol erneut für eine Steuerreform aus. Der dafür notwendige Entlastungsspielraum müsse aber erst mit einer Doppelstrategie erkämpft werden: Erstens müsse eine "Wachstumsstrategie" erarbeitet werden, mit dem Ziel, ein halbes bis ein ganzes Prozent mehr Wirtschaftswachstum zu erreichen "und zweitens brauchen wir auch mehr Spielraum auf der Ausgabenseite", so Schüssel, der klarstellte, dass das Ziel eines "ausgeglichenen Budgets" aufrecht bleibt. \*\*\*\*

Eine entsprechende "Wachstumsstrategie" schließe Investitionen in Bildung, Forschung, Humankapital oder die Infrastruktur genauso ein, wie die EU-Erweiterung, bei der Schüssel vorschlug, "lieber individuell Länder aufzunehmen, die tatsächlich mit den Verhandlungen fertig sind", wie etwa Ungarn, Slowenien oder den einen oder anderen baltischen Staat, als on-block eine Verzögerung hinzunehmen, da fünf Jahre Verzögerung bei der Erweiterung 25.000 Arbeitsplätze und den Gegenwert einer Steuerreform kosten würden. "Daher Ja zur Erweiterung", stellte der Bundeskanzler unmissverständlich fest.

Im Sinne einer Wachstumsstrategie müsse man aber auch den Verkehr akzeptieren und dürfe diesen nicht ständig als Feindbild betrachten, so der Bundeskanzler, der die Frage in den Raum stellte, ob ein drei-Tage-Fahrverbot im Schwerverkehr noch eine "wirtschaftsnahe, bürger-nahe und arbeitsplatzfreundliche Idee" sein könne. Auf der Ausgaben-seite müsse man zB mit der Modernisierung der Verwaltung fortfahren. "Es muss in Hinkunft zB möglich sein, Steuererklärungen online zu machen", erläuterte der Bundeskanzler.

Für den Bundeskanzler ist das Ziel, über ein halbes bis ein Pro-zent mehr Wirtschaftswachstum, mehr Einnahmen zu lukrieren, schon deshalb realistisch, da Österreich bewiesen habe, dass man beim Wirtschaftswachstum besser als andere Länder abschneiden könne. So gebe es gegenüber Deutschland seit 1970 diesbezüglich einen positiven Unterschied von 16 Prozentpunkten, was viel zu wenig bekannt sei. Erst Mitte der 90er Jahre sei man diesbezüglich in den Mainstream der EU zurückgefallen.

"Eine Null ist eine Null", stellte der Bundeskanzler zur laufenden Budget-Diskussion fest. Bund, Länder und Gemeinden hätten einen Pakt abgeschlossen, wonach der Gesamtstaat keine neuen Schulden mehr machen dürfe und dieser Pakt müsse eingehalten werden. Dabei sei auch vereinbart worden, dass man in einer konjunkturell schwierigeren Situation keine Punktländung brauche und man die Dinge abfedern müsse. Die Bundesregierung habe daher einen Konjunkturimpuls von 1,5 Milliarden Euro beschlossen und man habe immer gesagt, dass man "die Stabilisatoren wirken lassen" werde. Weniger Einnahmen dürften nicht durch erhöhte Steuern hereingebracht werden und das Ziel eines ausgeglichenen Budgets bleibe aufrecht, "denn die Schulden von heute sind die Steuern von morgen und die gekürzten Sozialleistungen von übermorgen", so der Bundeskanzler.

Rückfragehinweis: ÖVP-Kommunikationsabteilung, Tel.:(01) 401 26-420

Internet: <http://www.oevp.at>

\*\*\* OTS-ORIGINALTEXT UNTER AUSSCHLIESSLICHER INHALTLICHER VERANTWORTUNG DES AUSENDERS \*\*\*

OTS0164 2002-06-07/12:31

071231 Jun 02

---

OTS0048 5 II 0872 BPK003

Fr, 07. Jun 2002

Inneres

**Rede von Bundespräsident Dr. Thomas Klestil auf dem  
49. Gemeindetag am 7. Juni 2002 in Innsbruck=**

Herr Bundeskanzler, Herr Landeshauptmann, Herr Bürgermeister von Innsbruck, Herr Präsident, meine Damen und Herren!

Als ich die Einladung zum diesjährigen Gemeindetag in Innsbruck erhielt, habe ich zurückgedacht und mich erinnert, daß der erste Gemeindetag - an dem ich als Bundespräsident teilgenommen habe - 1993 gleichfalls hier in der schönen Tiroler Landeshauptstadt stattgefunden hat. Wie Sie wissen, habe ich seither fast jedes Jahr dieses so außerordentlich wichtige kommunalpolitische Forum besucht und mich für die Sorgen und Anliegen der Gemeinden interessiert. Demnächst bin ich zehn Jahre im Amt des Bundespräsidenten und so darf ich Ihnen - vor allem anderen - für dieses Jahrzehnt der

Zusammenarbeit danken. Und auch zu den Erfolgen gratulieren, die in unseren österreichischen Kommunen so sichtbar zu erkennen sind - in einem Jahrzehnt, das von entscheidenden Veränderungen geprägt war und in dem die Finanzsorgen und -probleme der Gemeinden immer im Vordergrund gestanden sind.

Damals, 1993, habe ich darauf hingewiesen, daß die für uns Österreicher wichtigen Prinzipien im zusammenwachsenden Europa erhalten bleiben müssen - nämlich Föderalismus und Regionalismus. Und ich sagte damals, daß das Gegenbild ein falscher Weg sei - nämlich Nationalismus und Zentralismus.

Das gilt heute in gleichem Ausmaß und muß auch weiterhin unser Ziel bleiben: Wir brauchen vor allem starke, autonome Gemeinden, die Ansprechpartner der Menschen sind. Unsere Rathäuser und Gemeindeämter sind im wahrsten Sinn des Wortes Seismographen des Volkswillens - und Servicestationen für den Bürger im Alltag, für die Betreuung der Kinder und der älteren Menschen, für die Versorgung und Entsorgung, den Umweltschutz vor der Haustür, für die Verkehrs-Infrastruktur - und vieles andere mehr - das Sie alle am genauesten kennen.

Eine Verlagerung von Kompetenzen von unten nach oben darf daher auch nie dazu führen, die Gemeinden zu schwächen - auch nicht unter dem Vorwand der Europäisierung. Wobei tausendmal bewiesen wurde, daß die Größe einer Gebietskörperschaft keinesfalls dafür entscheidend ist, wie gut sie funktioniert. Was wir vielmehr brauchen, ist weiterhin die Erhaltung der demokratischen Breite bei der Gestaltung der Verwaltung.

Mit Genugtuung registriere ich in diesem Zusammenhang, daß es gerade in den österreichischen Gemeindeparlamenten und Rathäusern ein buntes Mosaik von politischen Koalitionen, Formen der Zusammenarbeit und wechselnden Allianzen gibt. Und das ist gut so. So sind unsere Gemeinden auch in dieser Hinsicht ein Vorbild für andere Ebenen der Politik, wo in letzter Zeit zu meinem großen Bedauern oftmals die Konfrontation statt der Kooperation im Vordergrund steht, wo die von den Politikern verwendete Sprache nicht dazu beiträgt, das Vertrauen der Menschen in die Politik zu stärken und wo oftmals Parteiinteressen vor das staatliche Gesamtwohl gestellt werden.

Ich werde nicht müde, zu wiederholen, daß mir der Stil des Umganges, den oftmals die Politiker miteinander pflegen und der auf die allgemeine Atmosphäre im Lande abfärbt, nicht gefällt. Verschiedene Meinungen zu haben ist gut - sie äußern zu können, gehört zum Wesen einer Demokratie. Aber derjenige, der eine andere Meinung hat, ist noch lange kein Feind.

Ich sehe gegenwärtig in unserem Land mit Besorgnis Zeichen für eine wachsende Polarisierung. Ein politisches Lager-Denken wird stärker, obwohl es längst totgeglaubt schien. Und es scheint, man steht sich in Blöcken gegenüber, was in keiner Weise der Pluralität unserer offenen Gesellschaft entspricht. Diese Einstellung aber ist falsch: Wir müssen alle Kombinationen und Möglichkeiten künftiger Zusammenarbeit offenlassen, wollen wir nicht die Staatsbürger bereits im vorhinein entmündigen. Auch hier gilt, daß die demokratische Breite und Vielfalt in unserer politischen Landschaft ausgelotet werden muß.

Ganz abgesehen davon halte ich es für wünschenswert, würde man statt Spekulationen über Wahltermine und mögliche Koalitionen die Zeit und die Kraft dafür nützen, zum Wohle der Bevölkerung zu arbeiten - bis zum Wahltag, wann immer der sein wird.

Meine Damen und Herren!

So wie die Bürgermeister im politischen Prozeß unseres Landes eine besonders wichtige Rolle spielen, so wichtig ist der Österreichische Gemeindebund als Forum für die "Dritte Säule" in unserer Verfassungsordnung. Neben Bund und Ländern bedarf es unter den Gemeinden der gegenseitigen Information, der Zusammenarbeit und der Abstimmung in wichtigen Fragen.

Seit 1999 steht Helmut Mödlhammer als Ihr Präsident an der Spitze des Gemeindebundes, nachdem er bereits durch 13 Jahre als Bürgermeister der Gemeinde Hallwang sowie als Landtagsabgeordneter in Salzburg die Höhen und Tiefen eines politischen Lebens kennengelernt hat. Dir - lieber Freund - waren daher die kommunalen Probleme weder neu noch zu unbedeutend. So bist Du in kürzester Zeit auch zum gesuchten Gesprächspartner innerhalb Deiner Organisation geworden - vor allem aber zum konsequenten Verhandler in Fragen des Finanzausgleichs. Weil Du jedoch auch ausgebildeter

Journalist bist, war Dir der Zugang zu den Medien nichts Fremdes - und Du hast ihn auch für die Anliegen der Gemeinden genützt.

Ich freue mich daher, Dir heute persönlich und vor diesem Forum das Große Ehrenzeichen für Verdienste um die Republik zu verleihen. Möge Dich persönlich diese Auszeichnung noch enger an unser geliebtes Österreich binden - mögest Du aber auch im Dienste unseres Landes noch an vielen wichtigen Entscheidungen zum Nutzen unserer Bürger mitwirken.

In diesem Geiste danke ich Ihnen allen, meine Damen und Herren, die Sie sich als Bürgermeister und Verantwortliche in den Gemeinden für unsere Republik einsetzen. Dem 49. Österreichischen Gemeindetag wünsche ich viel Erfolg bei seinen Beratungen. Meine besten Wünsche begleiten Sie!

Rückfragehinweis: Dr. Hans Magenschab, Presseabteilung der Präsidentschaftskanzlei

53422/230

\*\*\* OTS-ORIGINALTEXT UNTER AUSSCHLIESSLICHER INHALTLICHER VERANTWORTUNG DES AUSSENDERS \*\*\*

OTS0048 2002-06-07/09:53

070953 Jun 02

---

OTS0197 5 II 0536 NSN004

Do, 06. Jun 2002

*Politik/Gemeinden/Niederösterreich*

### **NÖ Gemeindereferent LR Fritz Knotzer beim 49. Österreichischen Gemeindetag in Innsbruck**

Utl.: Gemeinden als Wirtschaftsfaktor und für die Sicherung der Daseinsvorsorge der Menschen immer wichtiger=

St. Pölten, (SPI) - "Gemeinden gewinnen als Wirtschaftsfaktor und Drehscheibe für Initiativen im Bereich Tourismus, Kultur, Freizeit und sozialer Daseinsvorsorge eine immer größere Bedeutung. Leider wurde im Gegenzug der finanzielle Spielraum der Kommunen eingeeignet, viele zusätzlich den Gemeinden überantwortete Aufgaben blieben ohne Gegenleistung. Dies ist wohl eines der belastendsten Probleme der Gemeinden in den kommenden Jahren, die gelöst gehören", so der Gemeindereferent der NÖ Landesregierung, LR Fritz Knotzer, der als Vertreter des Landes Niederösterreich am heute in Innsbruck eröffneten 49. Österreichischen Gemeindetag teilnimmt. \*\*\*\*

Immer wichtiger wird auch die Rolle der Gemeinden als Wirtschaftsfaktor. Während der Bund seine Investitionen zurückschraubt, haben die Gemeinden trotz Sparzwänge ihre Investitionstätigkeit beibehalten. "Wenn eine Schule, ein Kindergarten, eine Kulturhalle oder ein Hallenbad einfach in die Jahre gekommen ist bzw. ein Neubedarf gegeben ist, so kann sich die Gemeinde dieser Investition sicher nicht so leicht verschließen wie der Bund bei einer neuen Autobahn. Die Gemeinden sichern mit ihren Investitionen schließlich die Lebensqualität und die Daseinsversorgung der Menschen. Hier würde Sparen und Kürzen nur zu Lasten der Menschen gehen", so Knotzer

Der NÖ Gemeindereferent zeigt sich auch skeptisch gegenüber Privatisierungen in Bereichen der "Daseinsvorsorge", wie Wasserversorgung sowie Abwasser- und Müllentsorgung. "Es gibt sicher interessante Möglichkeiten der Kooperation mit privaten, aber die Letztentscheidung muss bei den Kommunen bleiben. Mir ist ein kommunales Monopol, das seine Entscheidungen vor Ort trifft und das sich bei den Gemeinderatswahlen regelmäßig den Bürgern zu stellen hat und damit ihrer Kontrolle untersteht, wesentlich sympathischer als ein privates Monopol, dessen Manager weitab vom Schuss sitzen, womöglich im Ausland, und nur an den Gewinnen interessiert sind", so der NÖ Gemeindepolitiker. Knotzer legt auch ein klares Bekenntnis zu kommunalem Eigentum, etwa an Wäldern und Seen, ab: "Der Chancengleichheit des Zugangs zur Natur und der Bürgernähe ist damit besser gedient als durch den Verkauf an Private. Unsere Wälder, die Wasserreserven und Quellen sowie unsere Seen müssen im öffentlichen Eigentum und damit im öffentlichen Zugang bleiben."

Die Stärkung der Gemeinden ist eine nationale Aufgabe. In NÖ ist es gelungen, im Rahmen einer Finanzsonderaktion den Volkszählungsverlierern zu helfen. Der Härteausgleich für die Verlierergemeinden der Volkszählung 2001 betrifft 170 nö. Kommunen. Hier ist die Einwohnerzahl gegenüber 1991 zurückgegangen. 106 von den 170 Gemeinden zählen zu den "doppelten Verlierern", nämlich durch die geringere Einwohnerzahl und durch die "Kopfquote", die dazu führt, dass diese Kommunen weniger Förderungen pro Einwohner bekommen. "Insgesamt 3,64 Mio. Euro wurden für diese Aktion flüssig gemacht", so Knotzer.

"Österreich kann mit seiner föderalen Struktur auf die Leistungen seiner Gemeinden nicht verzichten. Sie sind gelebte Bürgernähe der Verwaltung, bilden das Rückgrat des Tourismus, spielen bei Standortüberlegungen eine wichtige Rolle und sorgen mit verschiedensten Sozial- und Freizeiteinrichtungen für das Wohlergehen der Bevölkerung. Die Gemeinden sorgen für Neu- und Ausbau der Infrastruktur, des Wohnbaus und kümmern sich um den kulturellen Bereich durch die Erhaltung historischer Ortskerne und Einzelbauten, die Organisation von Veranstaltungen, die Führung von Museen und dergleichen. Alles das und vieles mehr muss uns auch etwas wert sein", so Knotzer abschließend.

(Schluss) fa

Rückfragehinweis: Landtagsklub der SPÖ NÖ

Mag. Andreas Fiala  
Tel: 02742/9005 DW 12794  
Handy: 0664 20 17 137  
mailto:andreas.fiala@noel.gv.at

\*\*\* OTS-ORIGINALTEXT UNTER AUSSCHLISSLICHER INHALTLICHER VERANTWORTUNG DES AUSSENDERS \*\*\*

OTS0197 2002-06-06/13:32

061332 Jun 02